

## **Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.03.2020**

---

Öffentlicher Teil

TOP .      **Streetwork in Hagen**Bericht der Verwaltung

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schmidt, Frau Kazda und Frau Meißer.

Die beiden Streetworkerinnen Frau Kazda und Frau Meißer stellen sich vor und berichten über ihre Arbeit (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Reinke bedankt sich für den Vortrag. Er erinnert daran, dass die Arbeit der Streetworkerinnen auf einem Ratsbeschluss vom 13.12. 2018 basiere. Dieser sei nach intensiver Vorberatung im Jugendhilfeausschuss gefasst worden.

**Zitat des Ratsbeschlusses vom 13.12.2018, der mit Mehrheit beschlossen wurde:**

**„Die Verwaltung wird ergänzend zu der Ursprungsvorlage beauftragt:**

**1. Es werden zwei Streetworker-Stellen geschaffen, die für die „Szenen“ der Alkoholabhängigen und Substituierten, die sich zur Zeit unter anderem an der Bohne aufhalten, zuständig und mit diesen im Gespräch sind. Neben anderer notwendiger/gewünschter Unterstützung erarbeiten diese Streetworker gemeinsam mit den betroffenen Menschen nach dem Beispiel des Leopoldplatzes in Berlin ein Konzept zum Aufenthaltsort und zu den dort geltenden Regeln. Hierbei werden auch andere Aufenthaltsorte als direkt am Pumptrack Bohne in Betracht gezogen. Über die erzielten Ergebnisse wird der Jugendhilfeausschuss nach vier Monaten, spätestens nach sechs Monaten informiert und entscheidet dann über die Spielplatzsatzung.**

**2. Die Einrichtung von zwei Planstellen für Streetworker zeitnah zu realisieren. Hierbei sind auch die Möglichkeiten aufsuchender Ansprache der Trinkerszenen zu nutzen.**

**3. Die Fachbereiche Jugend und Soziales sowie Gesundheit und Verbraucherschutz entwickeln eine Vorlage zur Realisierung der Substitutionsambulanz mit der Kath. Krankenhaus Hagen gem. GmbH. Dabei sind die Möglichkeiten der räumlichen Unterbringung, der Kooperation und der Einbindung in das bestehende Hilfesystem zu beschreiben. Weiterhin sucht die Verwaltung das Gespräch mit dem Substitutionsarzt. Ziel soll es sein, die aktuelle Situation im Umkreis der Ausgabestelle, z.B. durch Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten und die Öffnung der vorhandenen Toiletten seiner Praxisräume, zu verbessern.“**

Herr Reinke weist darauf hin, dass das Ziel des Jugendhilfeausschusses gewesen sei, den Platz an der Bohne und den Bodelschwingplatz als Spielplatzfläche auszuweisen mit einem entsprechenden Alkoholverbot, das auch durchgesetzt werden sollte. Die Aufgabe der Streetworker sollte sein, zunächst den Kontakt zu den Menschen herzustellen und dann zu versuchen, einen anderen Aufenthaltsort für sie zu finden. Daran wolle er erinnern. Der Jugendhilfeausschuss habe die Aufgabe, das Wohl von Kindern und Jugendlichen im Blick zu haben.

Herr Goldbach erklärt, dass man sich darüber einig sei, dass die Nähe nicht optimal gestaltet sei und man lieber im weiteren Verlauf der Bohne diesen Treffpunkt gehabt hätten. Das habe seinen Grund in den Hinterlassenschaften der Varta. Es gebe keine alternativen Standorte. Die Betroffenen fühlten sich dort teilweise wie in einem Schaufenster. Er wolle daran erinnern, dass die Frage, mit welcher Strategie man vorgehen wolle, nicht abschließend geklärt worden sei. Für eine Vertreibung dieser Menschen ohne eine Alternative habe sich weder hier im Ausschuss noch im Rat eine Alternative gefunden. Man sei sich in dieser Frage sehr uneins gewesen.

Man habe zur Zeit keine Alternative als Treffpunkt anzubieten. Durch die Nähe zur Substitutionsambulanz in Wehringhausen sei dieser Treffpunkt attraktiv. Dem wirke man ein Stück weit entgegen, indem man mit dem Krankenhaus Elsey zum Sommer hin die Substitutionsambulanz an der Hochstraße in Betrieb gehen werde. Damit werde eine Alternative geschaffen, von der man hoffe, dass damit Verlagerungen entstünden. Er würde sich eher positive Effekte von diesen strukturellen Veränderungen versprechen. Die Rolle der beiden Kolleginnen sei die der aufsuchenden Arbeit, was nur auf einer Vertrauensbasis funktioniere, wie sie in dem Vortrag konzeptionell dargestellt worden sei.

Herr Schmidt teilt mit, dass dort bisher zwischen den von den Kolleginnen betreuten Menschen und den Jugendlichen überhaupt keine Konflikte gegeben habe.

Herr Reinke macht deutlich, dass er keine Kritik an der Arbeit der beiden Streetworkerinnen habe äußern wollen. Sie machten eine gute Arbeit.

Dennoch gebe es diesen Ratsbeschluss, der beschreibe, wie vorzugehen sei. Er bitte, weiter an dem oben zitierten Ratsbeschluss zu arbeiten. Ihm lägen in Bezug auf die Aussage, dass es keine Konflikte gebe, andere Aussagen vor. Es gebe Eltern, die Angst hätten, ihre Kinder dort spielen zu lassen.

Er schlage daher vor, den Ratsbeschluss im Protokoll wiederzugeben und Herrn Schmidt und Herrn Goldbach an den Auftrag des Rates zu erinnern, um das seinerzeit formulierte Ziel wieder in den Blick zu nehmen.

Frau Köppen erklärt, dass sie sich auch sehr intensiv an die seinerzeit im Ausschuss geführte Diskussion erinnern könne. Ihres Erachtens habe man diese Angelegenheit auf eine Zeitschiene geschoben. Daher sei der Ratsbeschluss insofern alternativ zu sehen, ob mit der Arbeit der Streetworker ein Miteinander gelingen könne oder ob die Spielplatzsatzung mit dem damit verbundenen Alkoholverbot durchgesetzt werden solle. Sie habe große Anerkennung für die Arbeit der Streetworkerinnen. Es handele sich um ein sehr schwieriges Klientel, mit dem die Kolleginnen arbeiteten.

Nach dem heutigen Bericht müsse man zunächst in den Fraktionen über den Stand der Dinge beraten, um dann nach einer gewissen Zeit erneut im Ausschuss darüber zu diskutieren. Sie danke den beiden Streetworkerinnen für das, was sie an der Stelle geleistet hätten.

Herr Reinke stellt fest, dass er der Diskussion entnommen habe, dass dort mehrere Gruppen wie zum Beispiel die Trinkerszene oder die Substituierten vor Ort seien. Er bittet um Mitteilung darüber, um welche Szenen es sich handle. Habe eine Verdrängung von Menschen vom Bahnhofsvorplatz zur Böhne stattgefunden?

Frau Kazda teilt mit, dass sich an der Böhne überwiegend die Gruppe der Substituierten aufhalte. Natürlich konsumiere diese Gruppe auch alkoholische Getränke. Zum Bahnhofsvorplatz könne sie noch keine Aussage treffen, da man sich dieses Ortes erst jetzt verstärkt annehmen werde.

Frau Meißer berichtet, dass sie eine Verdrängung vom Bahnhofsvorplatz zur Böhne nicht wahrgenommen habe. Sie glaube auch nicht, dass das passiere. Es handle sich grundsätzlich um getrennte Szenen.

Herr Schmidt bittet darum, etwaige Meldungen von Bürgern zeitnah weitergeleitet zu bekommen, um diese aufarbeiten zu können.

Herr Koslowski ist der Meinung, dass die Situation derzeit ganz schwierig einzuschätzen sei. Es gebe neben einer eventuell vorhandenen auch eine gefühlte Bedrohung. Er schlage vor, die Situation zunächst zu beobachten und im Auge zu behalten. Es mache keinen Sinn, derzeit einen Beschluss zu fassen, da es schwierig sei, im Moment die richtige Maßnahme zu ergreifen.

Anlage 1      Anlage zu TOP 5 JHA 03.03.20